

Kreis Offenbach

Werner-Hilpert-Straße 1
63128 Dietzenbach



Kreis Offenbach

An die Mitglieder des Gremiums als Niederschrift,
allen anderen zur Kenntnisnahme.

Niederschrift

der 03. Sitzung des Gremiums

Kreistag

**am Mittwoch, 23.09.2026,
von 09:00 Uhr bis 12:30 Uhr**

Ort: Kreistagssitzungssaal, 63128 Dietzenbach, Werner-Hilpert-Straße 1

Anwesenheitsliste:

Stimmberechtigte Mitglieder

Volker Horn
Leon Bell
Frank Berg
Claudia Bicherl
Bettina Blüchardt
Max Breitenbach
Stephan Gieseler
Sabrina Grab-Achard
Jürgen Harrer
Karin Holste-Flinspach
Hartmut Honka
Clemens Jäger
Stefan Jaud
Dr. Alexander Krey
Thomas Lortz
Saskia Luck
Christoph Mikuschek
Michael Möser
Elke Plößer
Dr. Heidrun Pühl
Mona Reusch

Jörg Rotter
Christian Spahn
Oliver Steidl
Michael Sturm
Prof. Dr. Jan Werner
Angelika Wientzek
René Bacher
Martina Dröll
Eliza Hagenah
Leni-Sophie Hazelhof
Franziska Hedderich
Olaf Hermann
Cliff Hollmann
Robin Klem
Werner Kremeier
Sandra Liebing
Mahfooz Malik
Maria Sator-Marx
Maria-Elisabeth Schefer
Fabian Schelsky
Paula Schelsky
Karin Wagner
Jutta Dahinten
Walter Fontaine
Kai Gerfelder
Michael Gerheim
Karina Sofie Glaum
Jörg Görich
Ulrike Huf
Janika Martin
Halil Öztas
Lennart Pfaff
Serpil Sarikaya
Anna Kristina Schönbach
Ann-Catrin Stroh
Manfred Tilsner
Alex Wolfgang Fedotov
Klaus-Peter Flesch
Dr. Gert Köhlbrandt
Alexander Rehm
Joachim Resch

Joachim Roos
Jochen Roos
Heike Schäfer
Corinna Spendler
Rosa Maria Velasco Benlliure
Sascha-Pascal Völkel
Ulrich Ziffer
Dr. Daniell Bastian
Dr. Günter Gericke
Susann Guber
Michael Schüßler
Heinz-Georg Sehring
Martina Sertic
Nick Papak Amoozegar
Stephanie Birkle
Lore Salomon
Dr. Benjamin Schiffel
Ann-Catrin Ziese
Yvonne Hartwig
Hagen Oftring
Stefan Scheffer

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Landrat Oliver Quilling
Erster Kreisbeigeordneter Carsten Müller
Kreisbeigeordneter Alexander Böhn
Elisabeth Ball
Holger Gros
Dr. Thomas Kilz
Frank Lortz
René Rock
Patricia Thoma
Roger Winter
Dieter Zimmer

Gäste

Hüsamettin Eryilmaz

von der Verwaltung

Carina Jacobs

als Schriftführerin

Entschuldigt:

Stimmberechtigte Mitglieder

Lars Neumann
Stefan Schmitt

Frank Weber
Reinhold Ziesmann

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Jürgen Balzar
Jutta Kegelmann
Bernd Vohl
Katy Walther

Kreistagsvorsitzender Horn eröffnet die heutige Kreistagssitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Zu Beginn der Kreistagssitzung gratuliert Kreistagsvorsitzender Horn den Kollegen Kai Gerfelder und Michael Sturm zu ihren 50. Geburtstagen, Kollegen Rene Bacher zum 40. Geburtstag sowie Kollegin Elisabeth Ball zu ihrem 80. Geburtstag und überreicht ihnen jeweils ein Präsent.

In Anschluss gratuliert Kreistagsvorsitzender Horn Herrn Fabian Schelsky und Frau Paula López Vicente (nun: Schelsky) sowie auch Herrn Breitenbach und seiner Frau Michelle zur Hochzeit überreicht ihnen jeweils ein Präsent.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass per E-Mail vom 03. September 2026 zu dieser Kreistagssitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Darüber hinaus wurde allen, die es gewünscht haben, auch weiterhin die Einladung und die Tagesordnungspunkte ohne Anlagen in schriftlicher Form per Post zugesandt.

Die Veröffentlichung der Einladung zur Sitzung erfolgte am 07. September 2026 gemäß der Hauptsatzung auf der Website des Kreises.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die Tagesordnung mit den Punkten 1 bis 23 vorliegt.

Kreistagsvorsitzender Horn schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7 und 8, nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden und auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses ohne Aussprache stattfinden zu lassen.

Die Mitglieder des Kreistages sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Kreistagsvorsitzender Horn schlägt vor die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 12, nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden und auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses auf die TO II zu überstellen.

Die Mitglieder des Kreistages sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass zu Tagesordnungspunkt 6 „Neuwahl der Mitglieder der XVIII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen im Wahlkreis II“ mit der Einladung bereits die amtliche Bekanntmachung über die zur Wahl stehenden Listen als ergänzende Information versandt wurde.

Die Wahl ist schriftlich und geheim vorzunehmen.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass wie bei der konstituierenden Kreistagssitzung wieder zwei Wahlkabinen bereitstehen und für die Durchführung dieser Wahl ein Wahlausschuss zu bilden ist, in den jede Fraktion 1 Vertreter/in entsendet.

Er stellt fest, dass die Fraktionen in der Präsidiumssitzung bereits ihre Vertreter/innen benannt haben:

Fraktion	Vertreter/in
CDU	Leon Bell
Bündnis 90 / Die Grünen	Leni-Sophie Hazelhof
SPD	Jutta Dahinten
AfD	Corinna Spendler
FDP	Dr. Günter Gericke
Die Linke	Lore Salomon
FW	Hagen Oftring

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt über den Vorschlag offen abstimmen.

Der Kreistag wählt einstimmig die vorgeschlagenen Personen in den Wahlausschuss.

Damit ist der Wahlausschuss gewählt und kann bei Tagesordnungspunkt 6 seine Aufgaben wahrnehmen.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass zu Tagesordnungspunkt 15 „Sanierung Europahaus, Dietzenbach Geplante Sanierungsmaßnahmen und Kostenberechnung, DS 0147/2026 der Kreisausschuss mitgeteilt, dass die Vorlage überarbeitet wird und die Vorlage daher um eine Sitzungsrunde geschoben wird, sodass die Vorlage in den Ausschusssitzungen im November und in der Kreistagssitzung im Dezember beraten wird und heute von der Tagesordnung abgesetzt werden kann.

Zu Tagesordnungspunkt 16 „Konzept Westkreis 2028 ff. – Integrierte Erbringung von Bus- und On-Demand-Verkehrsleistungen“, DS 0173/2026 gibt er bekannt, dass gestern von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen angekündigt wurde, dass heute ein Geschäftsordnungsantrag gestellt wird, um die Vorlage auf die nächste Kreistagssitzung im Dezember zu verschieben.

Fraktionsvorsitzender Malik begründet den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Nach Gegenrede von Herrn Rotter lässt Kreistagsvorsitzender Horn über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Die Linke, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, AfD und FDP, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ab.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen geben bekannt, dass sie zu Tagesordnungspunkt 16 „Konzept Westkreis 2028 ff. – Integrierte Erbringung von Bus- und On-Demand-Verkehrsleistungen“, DS 0173/2026 einen Änderungsantrag stellen und verteilen diesen als Tischvorlage.

Kreistagsvorsitzender Horn teilt mit, dass Tagesordnungspunkt 19 „Grundsicherung im Kreis Offenbach sozialverträglich gestalten“, DS 0174/2026, ein Antrag der Fraktion Die Linke, von der antragstellenden Fraktion geschoben wurde.

Zu Tagesordnungspunkt 20 „Kommunen am Limit – Hilferuf an den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung“, DS 0182/2026, teilt Kreistagsvorsitzender Horn mit, dass ein konkurrierender Hauptantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FW sowie auch ein Änderungsantrag zum konkurrierenden Hauptantrag von der FDP-Fraktion gestellt wurde, die als Tischvorlagen ausliegen.

Kreistagsvorsitzender Horn gibt bekannt, dass Tagesordnungspunkt 23 „Beschleunigung der Digitalisierung von Bestands-Bauakten und Statik-Archiven im Kreis Offenbach“, DS 0184/2026, ein Antrag der FW-Fraktion, von der antragstellenden Fraktion geschoben wurde.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.
Kreistagsvorsitzender Horn stellt daher die Tagesordnung als genehmigt fest.

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil:**

- | | |
|--------|--|
| TOP 1 | Mitteilungen des Vorsitzenden |
| TOP 2 | Mitteilungen des Kreisausschusses |
| TOP 3 | Beantwortung von Anfragen |
| TOP 4 | Abstimmung über die Tagesordnung II |
| TOP 5 | Änderung der Hauptsatzung des Kreises Offenbach
Vorlage: 0099/2026 Präsidium |
| TOP 6 | Neuwahl der Mitglieder der XVIII. Verbandsversammlung des
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen im Wahlkreis II |
| TOP 7 | Nachwahl von Mitgliedern in den Beirat der Volkshochschule des Kreises
Offenbach
Vorlage: 0178/2026 Kreisausschuss |
| TOP 8 | Mitgliedschaft im Wasserverband Hessisches Ried
Vertretung des Kreises in der Verbandsversammlung
Vorlage: 0112/2026 Kreisausschuss |
| TOP 9 | Kommunalwahlen
Angaben auf dem Stimmzettel, Beschluss nach § 16 Abs. 2 KWG
Vorlage: 0142/2026 Kreisausschuss |
| TOP 10 | Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Rettungsdienst
Vorlage: 0165/2026 Kreisausschuss |
| TOP 11 | Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach
Bestellung Wirtschaftsprüfer für das Wirtschaftsjahr 2026
Vorlage: 0166/2026 Kreisausschuss |
| TOP 12 | Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach
Erweiterung des Aufgaben- und Wirkungsgebietes
Vorlage: 0167/2026 Kreisausschuss |
| TOP 13 | Beteiligung an den landesweiten Verbandsanträgen zu Abweichungen im
Haushaltsrecht des Hessischen Landkreistags im Rahmen des Kommunales
Flexibilisierungsgesetzes (KommFlexG) und des Standardbefreiungsgesetzes
(StbG)
Vorlage: 0177/2026 Kreisausschuss |
| TOP 14 | Beteiligung an den landesweiten Verbandsanträgen zu Abweichungen im
Haushaltsrecht des Hessischen Landkreistags im Rahmen des Kommunales
Flexibilisierungsgesetzes (KommFlexG) und des Standardbefreiungsgesetzes
(StbG)
Anträge aus dem Bereich Gesundheit
Vorlage: 0179/2026 Kreisausschuss |

- TOP 15 Sanierung Europahaus, Dietzenbach
Geplante Sanierungsmaßnahmen und Kostenberechnung
Vorlage: 0147/2026 Kreisausschuss
- TOP 16 Konzept Westkreis 2028 ff. – Integrierte Erbringung von Bus- und On-Demand-
Verkehrsleistungen
Vorlage: 0173/2026 Kreisausschuss
- TOP 17 Sicherheitslage im ÖPNV transparenter erfassen – bestehende Strukturen
nutzen
Vorlage: 0183/2026 AfD
- TOP 18 Anpassung/Änderung der Vereinbarung zur Verlustübernahme mit der kvgOF
Vorlage: 0187/2026 FDP
- TOP 19 Grundsicherung im Kreis Offenbach sozialverträglich gestalten
Vorlage: 0174/2026 Die Linke
- TOP 20 Kommunen am Limit – Hilferuf an den Hessischen Landtag und die Hessische
Landesregierung
Vorlage: 0182/2026 AfD
- TOP 21 Nutzung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur für zusätzliche
Zukunftsinvestitionen des Kreises Offenbach
Vorlage: 0185/2026 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 22 Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) im Kreis Offenbach unter Nutzung der
Förderprogramme des Landes Hessen
Vorlage: 0186/2026 Bündnis 90 / Die Grünen
- TOP 23 Beschleunigung der Digitalisierung von Bestands-Bauakten und Statik-Archiven im
Kreis Offenbach
Vorlage: 0184/2026 FW

Protokoll:**Öffentlicher Teil:****TOP 1 Mitteilungen des Vorsitzenden**

Keine.

TOP 2 Mitteilungen des Kreisausschusses

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die nachfolgenden Mitteilungen des Kreisausschusses entsprechend der Absprache im Präsidium bereits in schriftlicher Form zur heutigen Sitzung als Tischvorlage verteilt wurden:

Haushaltswirtschaftliche Sperre

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 31.08.2026 folgenden Beschluss gefasst:

1. Für das Haushaltsjahr 2026 werden haushaltswirtschaftliche Sperren von rd. 12.800.000 Euro gemäß folgender Aufteilung verfügt:

a)	Freiwillige Leistungen reduziert um 25% der Ansätze	480.136,00 €
b)	Sachkostenbudgets der Verwaltung	2.047.000,00 €
c)	weitere Aufwendung im Verwaltungsbereich	1.155.000,00 €
d)	Aufwand für Personaleinstellung	160.000,00 €
e)	Zinsen aus Kreditmarktmitteln	1.530.000,00 €
f)	DK 107 Kreisstraßen	450.000,00 €
g)	diverse Positionen im Sozialbereich	6.985.000,00 €
		12.807.136,00 €

2. Aufhebungen der Sperren, auch teilweise Aufhebungen, bedürfen der Genehmigung durch den Kämmerer.

Neuaufnahme eines Kommunalkredites über 15.000.000,00 Euro zur Finanzierung der Investitionen aus der Kreditermächtigung 2025

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 31.08.2026 die Neuaufnahme eines Kommunalkredites beschlossen und das Angebot der Frankfurter Sparkasse, für die Aufnahme eines Kommunalkredites in Höhe von 15.000.000,00 Euro zur Finanzierung des noch erforderlichen Finanzierungsbedarfs für Investitionen aus Vorjahren angenommen.

Erhöhung des Rahmenkreditvertrags mit Kreditrahmenvereinbarung

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 31.08.2026 das Angebot der Sparkasse Langen-Seligenstadt für die Erhöhung des Rahmenkreditvertrags mit Kreditrahmenvereinbarung in Höhe von 10.000.000,00 Euro zur Liquiditätssicherung gem. § 105 HGO mit Wirkung zum 01.10.2026 angenommen.

Neuaufnahme eines Kommunalkredites über 13.000.000,00 Euro zur Finanzierung der Investitionen im Haushaltsjahr 2026

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 14.09.2029 die Neuaufnahme eines Kommunalkredites beschlossen und das Angebot der Taunus Sparkasse, für die Aufnahme eines Kommunalkredites in Höhe von 13.000.000,00 Euro zur Finanzierung des noch erforderlichen Finanzierungsbedarfs für Investitionen im Jahr 2026, angenommen.

Hinweis auf Veröffentlichungen

Am Eingang liegen weitere Berichte, Broschüren und Einladungen zur Mitnahme bereit.

Das Informationsangebot beinhaltet insbesondere:

- Bericht des Kreisausschusses:
Gelbbuch Kreis Offenbach – Ausgabe 2/2026
- Jahresbericht Schulentwicklung 2026
- das Programm der Volkshochschule des Kreises Offenbach für das 2. Halbjahr 2026
- Landkreistag Kompakt – Verbandsnachrichten des hessischen Landkreistages Ausgabe 3/26
- Geschäftsbericht 2025 der Entega AG

Zu den Mitteilungen des Kreisausschusses werden Nachfragen gestellt, die von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Müller beantwortet werden.

TOP 3 Beantwortung von Anfragen

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die eingereichten parlamentarischen Anfragen und Antworten des Kreisausschusses für die heutige Kreistagssitzung den Fraktionen entsprechend der Vereinbarung im Präsidium bereits vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in elektronischer Form zur Verfügung gestellt wurden.

Zu den parlamentarischen Anfragen 025 „Anfrage zum gesundheitlichen Hitzeschutz im Kreis Offenbach – Zeitplan des Hitzeaktionsplans und Hitzeschutz an den kreiseigenen Schulen“ werden Nachfragen gestellt.

Landrat Quilling schlägt vor, den Klimaschutzbeauftragten zum Thema „Hitzeschutz“ in den Ausschuss Umwelt, Energie, Verkehr und Planung einzuladen.

Die Mitglieder des Kreistages sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass es keine weiteren Nachfragen mehr gibt.

TOP 4 Abstimmung über die Tagesordnung II

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass zu Beginn der Kreistagssitzung die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 12 auf die Tagesordnung II überstellt wurden.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt über die auf die Tagesordnung II überstellten Drucksachen abstimmen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die auf die Tagesordnung II I überstellten Drucksachen. (Die beschlossenen Drucksachen werden unabhängig vom Zeitpunkt der Beschlussfassung gemäß der Reihenfolge in der Tagesordnung der Kreistagssitzung aufgeführt.)

TOP 5 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Offenbach Vorlage: 0099/2026 Präsidium

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

§ 5 erhält folgende Fassung:

- (1) Der Kreisausschuss arbeitet kollegial.
- (2) Er besteht aus dem Landrat/der Landrätin, dem/der Ersten Kreisbeigeordneten und weiteren Kreisbeigeordneten.
- (3) Die Stellen des Landrats/der Landrätin, des/der Ersten Kreisbeigeordneten sowie eines/einer weiteren Kreisbeigeordneten werden hauptamtlich verwaltet.
- (4) Die Zahl der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten beträgt 12.
- (5) Die Amtszeit der Mitglieder des Kreisausschusses richtet sich nach § 37a der Hessischen Landkreisordnung.

§ 8 wird ersatzlos gestrichen.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

TOP 6 Neuwahl der Mitglieder der XVIII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen im Wahlkreis II

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die amtliche Bekanntmachung der Wahlleiterin für den Wahlkreis II über die zugelassenen Wahlvorschläge für die Neuwahl der Mitglieder der XVIII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes bereits mit der Einladung übersandt wurde:

Wahlvorschlag 1 (CDU)
 Wahlvorschlag 2 (AfD)
 Wahlvorschlag 3 (SPD)
 Wahlvorschlag 4 (GRÜNE)
 Wahlvorschlag 5 (FDP)
 Wahlvorschlag 6 (FREIE WÄHLER)
 Wahlvorschlag 7 (DIE LINKE)
 Wahlvorschlag 8 (VOLT)
 Wahlvorschlag 9 (FWG)

Zur Durchführung der Wahl wurde einstimmig ein Wahlausschuss gebildet, dem folgende Personen angehören:

Fraktion	Vertreter/in
CDU	Leon Bell
Bündnis 90 / Die Grünen	Leni-Sophie Hazelhof
SPD	Jutta Dahinten
AfD	Corinna Spendler
FDP	Dr. Günter Gericke
Die Linke	Lore Salomon
FW	Hagen Oftring

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die Wahl schriftlich und geheim durchzuführen ist.

Das Ergebnis der Wahl wird wie folgt festgehalten:

Stimmberechtigt:	87 Abgeordnete
abgegebene Stimmen:	83
ungültige Stimmen:	keine
gültige Stimmen:	83

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1 (CDU)	36 Stimmen
Wahlvorschlag 2 (AfD)	12 Stimmen
Wahlvorschlag 3 (SPD)	6 Stimmen
Wahlvorschlag 4 (GRÜNE)	10 Stimmen
Wahlvorschlag 5 (FDP)	4 Stimmen
Wahlvorschlag 6 (FREIE WÄHLER)	4 Stimmen

Wahlvorschlag 7 (DIE LINKE)	5 Stimmen
Wahlvorschlag 8 (VOLT)	6 Stimmen
Wahlvorschlag 9 (FWG)	0 Stimmen

Kreistagsvorsitzender Horn weist darauf hin, dass dieses Ergebnis an die Wahlleiterin für die LWV-Wahl im Wahlkreis II weitergegeben wird und diese das Endergebnis sowie die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Wahlkreis feststellt.

Der Kreistag wird dann zu gegebener Zeit entsprechend unterrichtet.

TOP 7 Nachwahl von Mitgliedern in den Beirat der Volkshochschule des Kreises Offenbach
Vorlage: 0178/2026 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Für die laufende Legislaturperiode werden als Vertretung und Stellvertretung für den Kreisausländerbeirat nachfolgende Personen in den Beirat für die Volkshochschule Kreis Offenbach gewählt:

Vertretung:
Sagar Tidame
Dieselstraße 2 B
63225 Langen

Stellvertretung:
Yurdagül Kaymak
Mainstraße 31
63128 Dietzenbach

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

TOP 8 Mitgliedschaft im Wasserverband Hessisches Ried
Vertretung des Kreises in der Verbandsversammlung
Vorlage: 0112/2026 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreistag möge eine/n Vertreter/in und eine/n persönliche/n Stellvertreter/in des Kreises in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Hessisches Ried (WHR) wählen bzw. entsenden.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass im Präsidium von der CDU-Fraktion als

- Vertreter
Herr Kreisbeigeordneter Alexander Böhn

und als

- persönlicher Stellvertreter
Herr Dieter Zimmer

vorgeschlagen wurden.

Seitens der Kreistagsmitglieder gibt es keine Einwände gegen den Vorschlag.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass Herr Kreisbeigeordneter Alexander Böhn als Vertreter und Herr Dieter Zimmer als persönlicher Stellvertreter des Kreises in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Hessisches Ried (WHR) entsandt worden sind.

TOP 9 Kommunalwahlen
Angaben auf dem Stimmzettel, Beschluss nach § 16 Abs. 2 KWG
Vorlage: 0142/2026 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Bei der Wahl der Kreistagsabgeordneten wird auf dem Stimmzettel zusätzlich zu jeder Bewerberin bzw. jedem Bewerber auch die Gemeinde der Hauptwohnung aufgenommen.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, AfD, FDP und FW, gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, die Vorlage des Kreisausschusses.

TOP 10 Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Rettungsdienst
Vorlage: 0165/2026 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Für den Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach wird nach Prüfung und dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Jahresüberschuss 2025 in Höhe von EUR 620.890,16 festgestellt.
2. Der nach Verrechnung mit den Gewinnen aus den jeweiligen Folgejahren verbliebene Verlustvortrag in Höhe von EUR 1.660.109,48 wird aus Haushaltsmitteln des Kreises Offenbach ausgeglichen.
3. Die Betriebsleitung und die Betriebskommission werden entlastet.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses

**TOP 11 Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach
Bestellung Wirtschaftsprüfer für das Wirtschaftsjahr 2026
Vorlage: 0166/2026 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Die Firma Rödl & Partner aus Köln wird als Wirtschaftsprüfer für den Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach für das Wirtschaftsjahr 2026 bestellt.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses

**TOP 12 Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach
Erweiterung des Aufgaben- und Wirkungsgebietes
Vorlage: 0167/2026 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Das Aufgaben- und Wirkungsgebiet des Eigenbetriebs Rettungsdienst des Kreises Offenbach wird gem. § 3 Abs. 4 i. V. m. § 5 Abs. 1 Nr. 3 der Betriebssatzung des Eigenbetriebs dahingehend erweitert, dass der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach neben der Sicherstellung des bodengebundenen Rettungsdienstes auch Aufgaben der telenotärztlichen Versorgung übernimmt.
2. Der Eigenbetrieb wird ermächtigt, ein Telenotarztsystem aufzubauen, zu betreiben und dieses System auch für andere Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen zu betreiben.
3. Die Einführung des Telenotarztsystems setzt die Refinanzierung durch die Krankenkassen voraus.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 13 Beteiligung an den landesweiten Verbandsanträgen zu Abweichungen im
Haushaltsrecht des Hessischen Landkreistags im Rahmen des Kommunales
Flexibilisierungsgesetzes (KommFlexG) und des Standardbefreiungsgesetzes
(StbG)
Vorlage: 0177/2026 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreis beteiligt sich an den landesweiten Verbandsanträgen

- „Rechenschaftsbericht light“
- Einbeziehung des Finanzanlagevermögens in § 98 Abs. 3 HGO
- Wegfall des Verbindlichkeitspiegels
- Festwertverfahren ohne körperliche Bestandsaufnahme
- Verzicht auf Teilfinanzhaushalte
- Reduzierung der Berichtspflichten nach § 28 GemHVO
- Zeitliche Divergenz zwischen Kreditermächtigung und Mittelübertragung

des Hessischen Landkreistags im Rahmen des Kommunalen Flexibilisierungsgesetzes (KommFlexG) und des Standardbefreiungsgesetzes (StbG)

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und AfD, gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Die Linke, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, die Vorlage des Kreisausschusses.

TOP 14 Beteiligung an den landesweiten Verbandsanträgen zu Abweichungen im Haushaltsrecht des Hessischen Landkreistags im Rahmen des Kommunalen Flexibilisierungsgesetzes (KommFlexG) und des Standardbefreiungsgesetzes (StbG)

Anträge aus dem Bereich Gesundheit

Vorlage: 0179/2026 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der Kreis Offenbach beteiligt sich an den landesweiten Verbandsanträgen

- Abweichung von Standards im Bereich der Anmeldepflicht für Kammerangehörige über das Gesundheitsamt gemäß § 2 Abs. 2 Heilberufsgesetz
- Abweichung von Standards im Bereich der Abrechnung gemäß § 34 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 8 des Hessischen Gesetzes über Hilfen bei psychischen Krankheiten (PsychKHG) des Hessischen Landkreistags im Rahmen des Kommunalen Flexibilisierungsgesetzes (KommFlexG) und des Standardbefreiungsgesetzes (StbG)

Der Kreistag beschließt einstimmig die Vorlage des Kreisausschusses.

**TOP 15 Sanierung Europahaus, Dietzenbach
Geplante Sanierungsmaßnahmen und Kostenberechnung
Vorlage: 0147/2026 Kreisausschuss**

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

Der vorliegenden Planung zur energetischen Sanierung des Europahauses sowie Komplettsanierung seiner elektrischen Anlagen der Planungsbüros PGV Planungsgesellschaft Vogel mbH, Darmstadt, sowie Kirchenknapp Ingenieure + Sachverständige, Gensingen wird zugestimmt.

Die Gesamtprojektkosten betragen voraussichtlich 3.141.630 € brutto.

Die erforderlichen Mittel werden auf der Buchungsstelle 65.03.01/2124.84285310 veranschlagt. Zusätzlich benötigte Mittel werden zum Haushalt 2027 ff. angemeldet.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass die Vorlage des Kreisausschusses auf die Kreistagssitzung am 02. Dezember 2026 geschoben wurde.

TOP 16 Konzept Westkreis 2028 ff. – Integrierte Erbringung von Bus- und On-Demand-Verkehrsleistungen
Vorlage: 0173/2026 Kreisausschuss

Die Vorlage des Kreisausschusses lautet wie folgt:

1. Der Kreistag stimmt dem Konzept der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF) zur Einführung eines integrierten Verkehrsangebots aus Erschließungslinien, Verstärkerlinien und On-Demand-Verkehren (Hopper) im Verkehrsgebiet West/Mitte ab dem Fahrplanwechsel 2028/2029 zu.
2. Die Umsetzung des Konzepts erfolgt durch die kvgOF als der von dem Kreis Offenbach nach § 6 Abs. 1 und § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen beliehenen Aufgabenträgerorganisation.

Die Details der Ausschreibung und der integrierten Vergabe der Verkehrsleistungen sind von der kvgOF eigenverantwortlich zu gestalten und festzulegen. Die Gremien der kvgOF und des Kreises Offenbach sind über die weitere Entwicklung zu informieren und einzubinden.

Der heute eingebrachte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreistag möge beschließen, die Drucksache 0173/2026 um die folgenden Punkte zu ergänzen:

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung sind folgende weitere Ziele zu berücksichtigen:

1. Mittelstandsschutz, Wettbewerb und Vergabestruktur

Bei der Ausgestaltung der Ausschreibung ist § 8 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) zu beachten. Danach sind im Interesse eines funktionierenden Wettbewerbs „eine Angebotsvielfalt zu fördern und mittelständische Strukturen des Verkehrsgewerbes zu unterstützen“.

Vor Veröffentlichung der Ausschreibung prüft die kvgOF auch mittels eines umfassenden Marktdialogs, ob Umfang und Struktur einer integrierten Vergabe von Bus- und On-Demand-Verkehren für mittelständische Verkehrsunternehmen wirtschaftlich, investiv und bei der erforderlichen Angebots- und Linienplanung realistisch zu bewältigen sind. Dabei sind auch geeignete Teil- oder Fachlose sowie Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen zu prüfen. Die Ausschreibung ist mittelstandsfreundlich und diskriminierungsfrei auszugestalten.

2. Evaluation und Nachsteuerung

Die Umsetzung des neuen Verkehrskonzeptes wird von Betriebsstart an wissenschaftlich begleitet und in regelmäßigen Abständen – erstmals nach einem Jahr – von der kvgOF fachlich evaluiert. Als wissenschaftliche Partner kommen einschlägige Universitäten oder Fachhochschulen in Frage, die diese Begleitung zum Selbstkostenpreis übernehmen.

Dabei sind insbesondere Fahrgastentwicklung, Zuverlässigkeit, Anschlusssicherheit, Erreichbarkeit wichtiger Ziele, Auswirkungen der veränderten Linienführungen und Taktungen sowie die Nutzung und Akzeptanz des Hopper-Angebotes zu untersuchen. Auch Rückmeldungen aus den Kommunen oder der Bevölkerung sind zu berücksichtigen.

Dem Kreistag ist über die Ergebnisse zu berichten. Zeigt die Evaluation wesentlichen Anpassungsbedarf, sind geeignete Vorschläge zur Nachsteuerung zu machen.

3. Begrenzung der Vertragslaufzeit

Die Laufzeit der neu auszuschreibenden Verkehrsleistungen soll acht Jahre erst einmal nicht überschreiten. Damit soll gewährleistet werden, dass auf veränderte Mobilitätsbedürfnisse, technische Entwicklungen, Erfordernisse der Verkehrsunternehmen (Leistungszyklen von Bussen und Batteriesysteme) und die Erfahrungen mit dem neuen Linienkonzept innerhalb eines angemessenen Zeitraums reagiert werden kann.

4. Emissionsfreie Antriebe

Bei Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ist neben Preis und Angebotsgüte auch der Umstieg auf emissionsfreie Antriebe zu berücksichtigen - insbesondere der Einsatz batterieelektrischer Busse einschließlich der hierfür notwendigen Lade- und Betriebsinfrastruktur. Die gesetzlichen Anforderungen des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes sind dabei Grundlage.

Abgeordnete Guber beantragt, dass über die Punkte 1 bis 4 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen getrennt abgestimmt wird.

Die Mitglieder des Kreistages sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt sodann über Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und AfD, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und FDP, bei Stimmenthaltung der Fraktionen von Die Linke und FW, Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt nun über Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD und FDP, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt über Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FDP und Die Linke, gegen die Stimmen der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt sodann über Punkt 4 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD und FDP, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt anschließend über die Vorlage des Kreisausschusses abstimmen.

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FW, gegen die Stimmen der Fraktionen von AfD, FDP und Die Linke, bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, die Vorlage des Kreisausschusses.

TOP 17 Sicherheitslage im ÖPNV transparenter erfassen – bestehende Strukturen nutzen
Vorlage: 0183/2026 AfD

Der Antrag der AfD-Fraktion lautet wie folgt:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, gemeinsam mit der kvgOF zu prüfen, wie sicherheitsrelevante Vorfälle in den von der kvgOF verantworteten beziehungsweise beauftragten Linien künftig in geeigneter, einheitlicher und möglichst aufwandsarmer Form erfasst und ausgewertet werden können.
2. Dabei soll vorrangig geprüft werden, ob bereits bei den Verkehrsunternehmen, Kontroll- oder Sicherheitsdiensten vorhandene Meldungen und Dokumentationen genutzt und im Rahmen bestehender Berichts- und Vertragsstrukturen zusammengeführt werden können.
3. Eine zusätzliche Erfassung soll sich auf solche Vorfälle beschränken, die den Verkehrsunternehmen oder beauftragten Dritten ohnehin bekannt beziehungsweise bereits dokumentiert sind. Ein eigenständiges, paralleles Meldesystem oder die Erhebung personenbezogener Daten soll hierdurch nicht geschaffen werden.
4. Gegenstand einer zusammenfassenden Auswertung könnten insbesondere sein:
 - körperliche Übergriffe, Bedrohungen und sonstige erhebliche Konfliktlagen,
 - Sachbeschädigungen in Fahrzeugen,
 - Einsätze von Kontroll- oder Sicherheitsdiensten aufgrund sicherheitsrelevanter Vorfälle,
 - ausgesprochene Beförderungsausschlüsse oder vergleichbare Maßnahmen,
 - sonstige sicherheitsrelevante Ereignisse, soweit diese bereits dokumentiert werden.
5. Der Kreisausschuss wird ferner gebeten, zu prüfen, ob Fragen zum subjektiven Sicherheitsgefühl der Fahrgäste ohne eigenständige, kostenintensive Untersuchung in bestehende oder ohnehin geplante Fahrgastbefragungen und Feedbackinstrumente integriert werden können.
6. Dem zuständigen Ausschuss ist über das Ergebnis der Prüfung einschließlich des voraussichtlichen Verwaltungsaufwandes und möglicher Kosten zu berichten. Dabei ist insbesondere darzustellen, welche Maßnahmen ohne zusätzliche Personalstellen und innerhalb bestehender Strukturen umgesetzt werden können.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und FW, gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag der AfD-Fraktion ab.

**TOP 18 Anpassung/Änderung der Vereinbarung zur Verlustübernahme mit der kvgOF
Vorlage: 0187/2026 FDP**

Der Antrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit der Geschäftsführung mit der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach GmbH (kvgOF) eine Änderung der bestehenden Vereinbarung zur Verlustübernahme vom 23. Juli 2013 vorzunehmen und die geänderte Vereinbarung dem Kreistag rechtzeitig vor Verabschiedung des Haushaltsplans für 2027 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Inhaltlich sollen folgende beiden Änderungen verbindlich vereinbart werden:

1. Ergänzung und Neufassung Ziffer 2, Absatz 2 („Verlustübernahme“)

BISHER - Ziffer 2, Abs. 2

„Der Kreis Offenbach verpflichtet sich gegenüber der Gesellschaft, ab dem Geschäftsjahr 2014 deren gesamten Jahresfehlbetrag gemäß Jahresabschluss zu übernehmen. Der Anspruch auf Verlustausgleich entsteht mit Abschluss des Geschäftsjahres der Gesellschaft.

NEU - Ziffer 2, Abs. 2

Der Kreis Offenbach verpflichtet sich gegenüber der Gesellschaft, ab dem Geschäftsjahr 2027 deren gesamten Jahresfehlbetrag gemäß Jahresabschluss maximal bis zu jener Höhe zu übernehmen, die dem beschlossenen Verlustausgleichsansatz im Kreishaushalt für das jeweilige Kalenderjahr entspricht. Der Anspruch auf Verlustausgleich entsteht mit dem Abschluss des Geschäftsjahres der Gesellschaft.

2. Ergänzung und Neufassung Ziffer 3 („Sicherstellung der Liquidität“)

BISHER – Ziffer 3

Der Kreis Offenbach ist weiter verpflichtet, bereits während des laufenden Geschäftsjahres angemessene Abschlagszahlungen auf den Verlustausgleich an die Gesellschaft und damit die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen.

NEU – Ziffer 3

Der Kreis Offenbach ist weiter verpflichtet, bereits während des laufenden Geschäftsjahres angemessene Abschlagszahlungen auf den Verlustausgleich an die Gesellschaft und damit die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen. Abschlagszahlungen, die über den beschlossenen Haushaltsansatz hinausgehen, bedürfen eines vorherigen Beschlusses durch den Kreistag.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und Die Linke, gegen die Stimmen der AfD- und FDP-Fraktion, bei Stimmenthaltung der FW-Fraktion, den Antrag der FDP-Fraktion ab.

TOP 19 Grundsicherung im Kreis Offenbach sozialverträglich gestalten
Vorlage: 0174/2026 Die Linke

Der Antrag der Fraktion Die Linke lautet wie folgt:

- 1) Der Kreisausschuss wird beauftragt, gemeinsam mit der ProArbeit ein Konzept zur sozialverträglichen Umsetzung der seit dem 1. Juli 2026 geltenden neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende im Kreis Offenbach zu entwickeln und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit bis zum 1. Quartal 2027 vorzulegen. Bei der Konzeptentwicklung sollen auch Vertreter*innen von Sozial- wie auch Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen sowie Beratungsstellen beteiligt werden.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Die Umsetzung der neuen Grundsicherung soll so erfolgen, dass Leistungsberechtigte nicht durch Leistungskürzungen in existenzbedrohende Situationen geraten
 - Vor der Verhängung von Leistungsminderungen sollen daher die individuellen Lebensumstände umfassend berücksichtigt werden (v.a. gesundheitliche Einschränkungen, Pflegeverantwortung, psychische Belastungen, Sprachbarrieren, fehlende Kinderbetreuung und drohender Wohnungsverlust).
 - Angebote zur gesundheitlichen Stabilisierung, Prävention und schrittweisen beruflichen Wiedereingliederung sollen ausgebaut werden
 - Anstelle von kurzfristigen Vermittlungen sollen längerfristige Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote geschaffen werden
- 2) Dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit soll künftig mindestens einmal jährlich berichtet werden über:
 - Die Anzahl der ausgesprochenen Leistungsminderungen und deren jeweiligen Gründe
 - Die davon betroffene Zahl der Haushalte mit Kindern
 - Die Zahl der Fälle bei denen gesundheitliche Einschränkungen der Betroffenen vorliegen
 - Die Zahl der Fälle, in denen durch eine Leistungsminderung eine besondere soziale Notlage entstanden ist
 - Die Ergebnisse von Widersprüchen und Überprüfungsverfahren

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass der Antrag der Fraktion Die Linke von der antragstellenden Fraktion auf die Kreistagssitzung am 02. Dezember 2026 geschoben wurde.

TOP 20 Kommunen am Limit – Hilferuf an den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung
Vorlage: 0182/2026 AfD

Der Antrag der AfD-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreistag des Kreises Offenbach stellt fest:

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden gerät zunehmend unter Druck. Immer mehr kommunale Haushalte können ihre Pflichtaufgaben nur noch unter erheblichen finanziellen Anstrengungen erfüllen. Gleichzeitig steigen die Belastungen insbesondere in den Bereichen Soziales, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Unterbringung, Personal und Schulen.

Auch der Kreis Offenbach verfügt nach eigener Darstellung im Haushalt 2026 über keinerlei finanziellen Spielraum.

Der Kreistag Offenbach schließt sich deshalb ausdrücklich dem Hilferuf der Städte und Gemeinden des Landkreises an und richtet folgenden Appell an den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung:

Der Kreistag fordert:

1. Eine dauerhaft auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen.

Städte und Gemeinden müssen finanziell in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben zuverlässig zu erfüllen, ohne dafür ihre Bürger und Unternehmen immer stärker belasten zu müssen.
2. Die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Wer eine Aufgabe bestellt, muss auch für deren Finanzierung sorgen. Neue oder ausgeweitete Aufgaben dürfen nicht beschlossen und anschließend zu einem wesentlichen Teil auf die kommunalen Haushalte abgewälzt werden.
3. Eine Überprüfung und Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs.

Der kommunale Finanzausgleich muss sich stärker an den tatsächlichen und nachweisbaren finanziellen Belastungen der Landkreise, Städte und Gemeinden orientieren.
4. Eine deutlich stärkere Entlastung bei den sozialen Pflichtausgaben.

Gerade bei gesetzlichen Leistungen, deren Umfang die Kommunen kaum oder überhaupt nicht beeinflussen können, dürfen Städte und Gemeinden nicht dauerhaft als Ausfallbürgen für Entscheidungen anderer staatlicher Ebenen herangezogen werden.
5. Keine weitere Verlagerung der finanziellen Lasten auf die Bürger.

Es kann keine dauerhafte Lösung sein, kommunale Finanzierungslücken durch immer höhere Grundsteuern, Gebühren, Beiträge oder steigende Kreis- und Schulumlagen zu schließen. Am Ende zahlt immer derselbe Bürger.
6. Mehr frei verfügbare Mittel statt immer neuer Förderprogramme.

Kommunen benötigen weniger Bürokratie und mehr finanzielle Eigenverantwortung. Förderprogramme mit komplizierten Antrags-, Nachweis- und Kofinanzierungsverfahren ersetzen keine verlässliche Grundfinanzierung.

7. Eine stärkere finanzielle Beteiligung von Bund und Land an der kommunalen Infrastruktur.

Schulen, Straßen, Verwaltungsgebäude, Digitalisierung, öffentlicher Nahverkehr und weitere Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen dauerhaft erhalten und modernisiert werden können.

8. Eine Initiative des Landes Hessen auf Bundesebene.

Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat dafür einzusetzen, dass auch bundesgesetzlich verursachte kommunale Belastungen vollständig und dauerhaft gegenfinanziert werden.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass am 22. September 2026 zudem ein konkurrierender Hauptantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FW einging, der wie folgt lautet:

Der Kreistag des Kreises Offenbach stellt fest: Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen ist weiterhin akut gefährdet.

Der Kreistag bekräftigt daher seinen Beschluss (Vorlage 1434/2025) vom 02.04.2025 mit folgenden Kernpunkten:

- Bund und Land müssen die Kommunen dauerhaft und vollständig finanziell so ausstatten, dass alle übertragenen Aufgaben verlässlich erfüllt werden können (Konnexitätsprinzip).
- Die kommunale Infrastruktur (Schulen, Kitas, Kultur, Sport, Daseinsvorsorge) muss bei der Umsetzung des Sondervermögens „Infrastruktur“ gleichberechtigt berücksichtigt werden.
- Pandemiebedingte Mehrkosten in Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und Pflege sind vom Bund zu erstatten.
- Die Kosten für Flüchtlinge, Asylberechtigte und geduldete Personen sind dauerhaft und vollständig vom Bund zu übernehmen; gleichzeitig ist die Rückführung ausreisepflichtiger Personen konsequent umzusetzen.
- Reformen im sozialen Bereich müssen die Bereitschaft zur Integration in den Arbeitsmarkt erhöhen und eine dauerhafte Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen.
- Der ÖPNV und nachhaltige Mobilitätsangebote sind deutlich besser zu finanzieren; Einnahmeausfälle durch Zeitkarten, wie z.B. dem Deutschlandticket, sind zu kompensieren.
- Kommunale Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung sowie in Gebäude und Wärmeversorgung sind gezielt zu fördern.

Der Kreistag unterstützt den Berliner Appell der hessischen Landrätinnen und Landräte vom 2. September 2026 mit folgenden Kernforderungen:

- Bundesreformen dürfen keine neuen Lasten auf die Kommunen verlagern.
- Haushaltskonsolidierung erfordert eine gemeinsame Aufgabenkritik von Land und Kommunen ohne Denkverbote.
- Für 2027 ist eine Soforthilfe des Landes erforderlich.

- Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) 2028 muss die strukturelle Finanzierungslücke schließen.
- Der Zukunftspakt ist so umzusetzen, dass Entlastungen spürbar in den kommunalen Haushalten ankommen.

Der Kreistag unterstützt zudem die Initiativen der Bürgermeister sowie der hauptamtlichen Wahlbeamten im Kreis Offenbach und setzt weiterhin auf ein gemeinsames Vorgehen von Kreis, Städten und Gemeinden.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, diesen Beschluss erneut an den Hessischen Landtag, die Hessische Landesregierung sowie an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung zu übermitteln, die prekäre Lage der kommunalen Finanzen auch künftig bei den zuständigen Stellen zu thematisieren und regelmäßig über die Entwicklungen zu berichten.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt zudem fest, dass am 21. September 2026 ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion einging, der wie folgt lautet:

Der Kreistag des Kreises Offenbach möge beschließen:

I.
Konkurrierender Hauptantrag (Drs.-Nr.: 0182/2026) „Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – Bund und Land in die Pflicht nehmen“ in der vorliegenden Fassung.

II.
Der vorstehend genannte Antrag wird im Beschlussvorschlag am Ende um folgenden Abschnitt ergänzt:

Über die Forderungen an Bund und Land hinaus beschließt der Kreistag Offenbach für seinen eigenen Verantwortungsbereich folgende konkrete Maßnahmen mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung:

1. Der Kreistag setzt unverzüglich eine öffentlich tagende interfraktionelle Arbeitsgruppe unter dem Arbeitstitel: „AG Haushaltskonsolidierung – Kreisumlage stabil halten“ ein. Mit dieser Aufgabe soll der Haupt- und Finanzausschuss betraut werden.
2. Die Arbeitsgruppe erhält den Auftrag, konkrete kurz- und mittelfristig wirksame Einspar-, Konsolidierungs- und Strukturvorschläge für den Haushalt des Kreises Offenbach zu erarbeiten. Oberstes Ziel ist es, die Kreisumlage mindestens stabil zu halten und eine weitere Erhöhung zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen zu vermeiden.
3. Die Ergebnisse und konkreten Vorschläge der Arbeitsgruppe sind dem Kreistag spätestens zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2027 vorzulegen.
4. Der Kreisausschuss und die Kreisverwaltung stellen der Arbeitsgruppe die hierfür erforderlichen Haushaltsdaten und fachlichen Informationen zur Verfügung.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Die Linke und FW, gegen die Stimmen der AfD- und FDP-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Kreistagsvorsitzender Horn lässt sodann über den konkurrierenden Hauptantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FW abstimmen:

Der Kreistag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FW und fünf Stimmen der FDP-Fraktion, gegen die Stimmen der Fraktionen von AfD und Die Linke, bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Stimme der FDP-Fraktion, den konkurrierenden Hauptantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FW.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass sich somit der ursprüngliche Antrag der AfD-Fraktion erledigt hat.

TOP 21 Nutzung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur für zusätzliche Zukunftsinvestitionen des Kreises Offenbach
Vorlage: 0185/2026 Bündnis 90 / Die Grünen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, dem Kreistag bis spätestens 23.10.2026 eine Auswahl möglicher Projekte und Maßnahmen vorzulegen, die mit den dem Kreis Offenbach aus der ersten Tranche des Bundes-Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaneutralität“ zufließenden Mitteln finanziert werden können.

Die Auswahl soll ausdrücklich mehr Projekte und Maßnahmen umfassen, als mit den dem Kreis tatsächlich zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden können, um dem Kreistag eine echte Gestaltungs- und Priorisierungsentscheidung zu ermöglichen.

Bei der Erarbeitung der Projekt- und Maßnahmenliste sind insbesondere folgende Kriterien zugrunde zu legen:

1. Zusätzlichkeit

Es sollen vorrangig neue beziehungsweise zusätzliche Investitionen des Kreises vorgeschlagen werden. Maßnahmen, die bereits Bestandteil beschlossener Programme oder laufender Investitionsvorhaben sind, sollen grundsätzlich nicht berücksichtigt werden – es sei denn, durch die Mittel des Sondervermögens wird eine qualitative Erweiterung, Beschleunigung oder Ausweitung ermöglicht.

2. Hebelwirkung und Kofinanzierung

Vorrangig sollen Projekte berücksichtigt werden, bei denen durch den Einsatz der Mittel weitere Fördermittel von Land, Bund oder EU mobilisiert werden können.

3. Langfristige Entlastung des Kreishaushalts

Es ist zu berücksichtigen, inwiefern Projekte zu einer dauerhaften Reduzierung laufender Kosten, beispielsweise bei Energie, Betrieb oder Unterhaltung, beitragen können.

4. Klimaschutz, Klimaanpassung und Ressourceneffizienz

Die Projekte sollen nach Möglichkeit einen Beitrag zu Klimaschutz, Klimaanpassung und Ressourceneffizienz leisten.

5. Kreisweite Wirkung

Vorrangig sollen Maßnahmen berücksichtigt werden, die eine kreisweite Wirkung entfalten oder zentrale Aufgaben des Kreises nachhaltig stärken. Auswahl und Priorisierung der Projekte erfolgen durch den Kreistag. Die beschlossenen Maßnahmen sind anschließend entsprechend in die Haushalts- und Finanzplanung des Kreises aufzunehmen.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FDP und FW, gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

TOP 22 **Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) im Kreis Offenbach unter Nutzung der Förderprogramme des Landes Hessen** **Vorlage: 0186/2026 Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen und im zuständigen Ausschuss zu berichten, ob gemeinsam mit den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine zentrale Koordinierungs- bzw. Projektmanagementstruktur für den IKZ-Prozess nach dem Vorbild des Kreises Groß-Gerau eingerichtet werden soll. Dabei würde die Kreisverwaltung zunächst gemeinsam mit den Kommunen geeignete Themenfelder für erste kreisweite IKZ-Projekte identifizieren und dabei die Entwicklung, Begleitung und Steuerung der interkommunalen Projekte übernehmen.

Hierzu könnten insbesondere gehören:

- Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Informationssicherheit / Cybersicherheit,
- Fördermittelmanagement,
- Klimaanpassung und Klimaschutz,
- Hitzeaktionsplanung, Hochwasser- und Katastrophenschutz
- Feuerwehrbeschaffung und Instandhaltung,
- gemeinsame Vergabeverfahren sowie weitere Aufgabenbereiche mit erkennbarem Synergiepotenzial.

Dabei sollten sämtliche bestehenden Fördermöglichkeiten des Landes Hessen für interkommunale Zusammenarbeit konsequent genutzt und entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FDP und FW, gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

TOP 23 Beschleunigung der Digitalisierung von Bestands-Bauakten und Statik-Archiven im Kreis Offenbach
Vorlage: 0184/2026 FW

Der Antrag der FW-Fraktion lautet wie folgt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt,

1. über den aktuellen Stand der Digitalisierung der Bauakten des Kreises zu berichten und insbesondere darzustellen, welcher Anteil der vorhandenen Bauakten bereits digital vorliegt und welcher Bestand noch ausschließlich in Papierform vorhanden ist.
2. Die schrittweise Digitalisierung der noch in Papierform vorhandenen Bauakten umzusetzen und dem Kreistag hierzu bis zur nächsten Sitzung des Kreistages einen verbindlichen Zeit- und Umsetzungsplan vorzulegen.
3. Den personellen, organisatorischen und finanziellen Aufwand darzustellen und dabei mögliche Förderprogramme von Bund und Land zu berücksichtigen.
4. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Eigentümerinnen und Eigentümern sowie bevollmächtigten Architektinnen, Architekten und Fachplanern künftig ein digitaler Zugriff auf Bauakten bzw. deren digitale Bereitstellung ermöglicht wird.
5. Konkrete Haushaltsmittel bei der Haushaltsaufstellung für den Haushalt 2027 für die Digitalisierung einzustellen und die Mittel so zu bemessen, dass mit der tatsächlichen Umsetzung zeitnah begonnen und die Digitalisierung des Bestands wie im vorgelegten Zeitplan vorgesehen kontinuierlich vorangetrieben werden kann.

Kreistagsvorsitzender Horn stellt fest, dass der Antrag der FW-Fraktion von der antragstellenden Fraktion auf die Kreistagssitzung am 02. Dezember 2026 geschoben wurde.

Volker Horn
Vorsitzender

Carina Jacobs
Schriftführer